

Thilo Hoppe

- (A) Eingeborenen gekaufte, teilweise über Korruption erhaltene Landtitel unter die Nase. Dann kommt es zur Vertreibung, zum Verlust des traditionellen Siedlungsgebietes. Hätte Deutschland die ILO-Konvention 169 ratifiziert, wären Geschäfte wie das der Westdeutschen Landesbank, die Finanzierung einer Pipeline in Ecuador, die mit starken Beeinträchtigungen für Indigene in Ecuador verbunden ist, zumindest erschwert worden.

Die Vereinten Nationen bitten uns um die Ratifizierung dieser Konvention.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu Recht!)

Das gilt auch für die kirchlichen Hilfswerke und das große Bündnis der NGOs.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Auch Länder, die auf ihrem eigenen Territorium keine Indigenen haben, wie die Niederlande und Spanien, haben diese Konvention ratifiziert. Es ist nun wirklich an der Zeit, dass Deutschland sich einen Ruck gibt und ebenfalls der Ratifizierung zustimmt.

Ich bitte Sie, das Votum der Menschenrechtsorganisationen, der Kirchen und der Vereinten Nationen zu hören und deshalb unserem Antrag zuzustimmen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu dem Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen mit dem Titel „Indigene Völker – Ratifizierung des Übereinkommens der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) Nr. 169 über Indigene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Staaten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/4838, den Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/1971 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 16 a und 16 b auf:

- a) Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR**

– Drucksache 16/4842 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)

Petitionsausschuss
Innenausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

(C)

- b) Erste Beratung des von Abgeordneten Volker Schneider (Saarbrücken), Petra Pau, Dr. Gesine Löttsch und der Fraktion der LINKEN eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für politisch Verfolgte im Beitrittsgebiet und zur Einführung einer Opferrente (Opferrentengesetz)**

– Drucksache 16/4846 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Petitionsausschuss
Innenausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für Kultur und Medien
Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Carl-Christian Dressel, SPD-Fraktion, das Wort.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Dr. Carl-Christian Dressel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegenstand unserer Debatte ist der Entwurf eines Dritten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes. Ich denke, wir sind uns alle einig, wenn ich zu Beginn feststelle: Wiedergutmachen lassen sich die Verbrechen, die von der SED-Diktatur, die von Partei und Staat in der DDR begangen wurden, durch eine finanzielle Regelung sicher nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Daher erscheint es mir wichtig, diesen Diskurs ohne populistische Anbiederungen zu führen. Denn gerade dieses Thema sollte nicht missbraucht werden, um billigen Beifall zu erheischen. Wir sind es den Opfern schuldig, diese Diskussion mit Ernst und größtem Respekt zu führen.

Vor fast vier Wochen haben wir diese Debatte an dieser Stelle schon einmal geführt, als wir am 1. März die Eckpunkte verabschiedet haben. Ich verstehe bei bestem Willen nicht, dass die PDS jetzt kurzfristig einen Gesetzesentwurf vorlegt.

(Zuruf von der LINKEN: Wir heißen Die Linke!)

– Ja, hätten Sie doch bei der letzten Diskussion Herrn Wieland zugehört. Er hat gesagt: Heute nennen Sie sich

Dr. Carl-Christian Dressel

- (A) Linkspartei; morgen können Sie sich anders nennen. Bis vor kurzem hießen Sie noch SED/PDS; davor hießen Sie SED. Vergessen wir das nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir erkennen sie immer, egal wie sie heißen!)

Ich empfinde es hier als Hohn, wenn Sie sich als die Opfervertreter, als Anwalt der Opfer darstellen, wenn Sie hier so tun, als seien Sie die weißesten aller weißen Schafe. Aber Ihr Weißwaschungsprogramm unterstütze ich von dieser Stelle aus nicht. Sie sind die Partei der Wölfe, egal ob sie nun Mischa heißen oder nicht. Das ist mir letzte Woche erst wieder klargeworden, als Sie, Kollegin Jelpke, oder die Kollegin Löttsch die schönen Zustände und die schöne Sportförderung in der DDR wieder bis in den Himmel gelobt haben. Da fehlen mir schlichtweg die Worte. Davon kann einem nur schlecht werden.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der LINKEN)

Statt sich hier konstruktiv in den Prozess und die Diskussion einzubringen,

(Zurufe von der LINKEN)

- (B) legen Sie wieder einmal einen populistischen Gesetzentwurf mit vielen schönen Formulierungen vor. Viele Vorschläge sind ja durchaus bedenkenswert; man weiß ja, dass sie nicht von Ihnen stammen. Hören Sie auf, ungedeckte Schecks auszustellen. Kollege Wieland von den Grünen hat Ihnen das letzte Mal zu Recht empfohlen: Suchen Sie das, was Ihre Vorgänger rechtzeitig auf die Seite geschafft haben, nämlich das **SED-Parteivermögen**. Damit ließe sich sehr viel für viele Opfergruppen tun, zum Beispiel für die Zwangsausgesiedelten, die auf brutalste Weise von Haus und Hof vertrieben wurden, nur weil sie in der Sperrzone wohnten, oder für die Schüler, denen die Zukunftsaussichten verbaut wurden. Ihr Gesetzentwurf ist und bleibt ein starkes Stück.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir in diesem Hohen Hause haben seit 1990 einiges zur Verbesserung der **Situation der Opfer** auf den Weg gebracht. Insgesamt betrachtet sind die derzeitigen Regelungen für die Opfer freilich unbefriedigend. Viele Täter befinden sich jetzt im Alter in einer guten Situation, während die Opfer häufig noch traumatisiert und materiell schlecht gestellt sind. Wir haben jetzt die Möglichkeit, einen großen Schritt zu tun, um die Situation vieler Betroffener nachhaltig zu verbessern,

(Zuruf von der LINKEN)

so wie wir es bereits im Koalitionsvertrag vereinbart und am 1. März hier im Deutschen Bundestag beschlossen haben. Dass Sie Ihre Textbausteine, die Sie in jeder Diskussion gebetsmühlenartig wiederholen, auch in dieser

Debatte anführen, das halte ich für eine Würdelosigkeit, die ihresgleichen sucht. (C)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zur Sache. Am 31. Dezember 2007 laufen die Antragsfristen in den drei Rehabilitierungsgesetzen aus. Obwohl diese Fristen bereits mehrfach verlängert worden sind, ist festzustellen, dass die **Zahl der Anträge** seit der letzten Fristverlängerung nicht wesentlich zurückgegangen ist. Viele potenziell Berechtigte haben bis jetzt noch keinen Antrag auf Rehabilitierung gestellt. Diejenigen, die ihre Ansprüche erst jetzt geltend machen, sollen diese Möglichkeit auch weiterhin haben. Dafür sorgen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, der drei Ansatzpunkte umfasst:

Erstens. Der Gesetzentwurf sieht die Einführung einer Opferpension für die Menschen vor, die sechs Monate und länger in Haft saßen und wirtschaftlich bedürftig sind. Von der Summe in Höhe von 250 Euro pro Monat werden nach unseren Berechnungen etwa 16 000 Menschen profitieren. Die Einführung einer Bedürftigkeitsgrenze, die freilich diskutabel ist, erscheint notwendig, um ein einheitliches System der Entschädigung der Opfer der Diktaturen in Deutschland zu schaffen.

Zweitens. Die Antragsfristen werden, wie von mir bereits angesprochen, verlängert. Bis zum Ablauf der Fristen können die Ansprüche weiterhin geltend gemacht werden. Ich hoffe, dass zahlreiche Opfer diese Möglichkeit noch wahrnehmen werden. Es ist klar, dass jemand, der aufgrund von Verfolgung traumatisiert ist, nicht sofort „Hier!“ schreit, weil er dazu einfach nicht in der Lage ist. Darauf muss jetzt jeder Betroffene aufmerksam gemacht werden, um seine Rechte auch nach langer Überlegung noch wahrnehmen zu können. (D)

Drittens. Die Mittel für die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge werden von 1,6 Millionen Euro auf 3 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt.

Der Gesetzentwurf liegt nun vor. Im Rahmen unserer Diskussion müssen wir Änderungswünsche, die es mit Sicherheit gibt, mit der erforderlichen Sorgfalt und Ernsthaftigkeit prüfen und dabei auch den Opfern und ihren Verbänden sowie den Sachverständigen Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Ich möchte Sie alle bitten, das Ihrige zu tun, damit wir zu einer raschen Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes kommen.

(Hüseyin-Kenan Aydin [DIE LINKE]:
Hartz IV lässt grüßen!)

Viele der Adressaten sind alt. Sie haben 17 Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit einen Anspruch darauf, nicht noch länger warten zu müssen. Alle im Bundestag vertretenen Fraktionen sollten dazu ihren Beitrag leisten. Eine besondere Verantwortung könnte die PDS übernehmen, wenn sie sich dieser Verantwortung stellen und dieses Thema nicht nur für billigen Klammak missbrauchen würde.

Dr. Carl-Christian Dressel

- (A) (Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:
Wir stellen uns der Verantwortung! Im Gegen-
satz zu Ihnen!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als Nächste hat das Wort Kollegin Andrea Voßhoff,
CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Andrea Astrid Voßhoff (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen!
Wenn zwei Mitglieder der beiden Regierungsfractionen
gleich hintereinander reden, kann es sein, dass sich die
eine oder andere Aussage wiederholt; wir werden es se-
hen.

Der Kollege Dressel sagte bereits – wir wissen das –:
Am 1. März dieses Jahres haben wir in diesem Hause zu-
letzt über Änderungen des SED-Unrechtsbereinigungs-
gesetzes diskutiert. Anlass war das von CDU/CSU und
SPD eingebrachte Eckpunktepapier für die Erarbeitung
des Entwurfs eines Dritten SED-Unrechtsbereinigungs-
gesetzes. Heute, vier Wochen später, liegt der Gesetzent-
wurf vor. Es ist gut und zu begrüßen, dass dieser Gesetzent-
wurf den am 1. März dieses Jahres vorgestellten
Eckpunkten zügig gefolgt ist.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Carl-Christian Dressel [SPD] und des Abg.
Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN])

Ich darf an dieser Stelle dem Justizministerium für die
Hilfestellung bei der Formulierung ganz herzlich dan-
ken.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, bevor
ich auf die Inhalte des Gesetzentwurfes eingehe, eine
grundsätzliche Vorbemerkung: 17 Jahre nach dem Fall
der Mauer diskutieren wir erneut, wie schon häufig, über
Änderungen und damit Verbesserungen des SED-Un-
rechtsbereinigungsgesetzes. Ist das nach so langer Zeit
noch notwendig? Ich sage ein klares Ja. Lassen Sie mich
dazu zwei Bemerkungen machen: Zum einen ist es not-
wendig und richtig, die angemessene **Würdigung der
Opfer der SED-Diktatur** immer wieder auf die politi-
sche Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Carl-Christian Dressel [SPD] und des Abg.
Hans-Michael Goldmann [FDP])

In den 17 Jahren, die seit der Wiedervereinigung vergan-
gen sind, gab es immer wieder ein Fortschreiten des Pro-
zesses der Erkenntnis und der Aufarbeitung der SED-
Diktatur und ihrer Folgen und damit auch genauere
Kenntnisse über Umfang und Ausmaß des Unrechts, das
so viele Betroffene erlitten haben. Aus diesem Erkennt-
nisprozess heraus haben wir die bestehenden Regelun-
gen auch 17 Jahre nach der Wiedervereinigung immer

wieder auf den Prüfstand zu stellen. Die hier in Rede ste-
henden Opfer der SED-Diktatur waren die Ersten, die
der zweiten Diktatur auf deutschem Boden den Gehor-
sam verweigerten und für demokratische Rechte einge-
treten sind. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Carl-Christian Dressel [SPD] und des Abg.
Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN])

Es sind die Menschen, die sich in der DDR für Freiheit
und gegen die Diktatur eingesetzt haben.

Der Umgang mit diesen Opfern ist immer auch ein
Gradmesser für den Zustand der Menschlichkeit und des
demokratischen Grundverständnisses in unserer Gesell-
schaft. Wir wissen, dass viele Betroffene Jahre gebraucht
haben – manche noch Jahre brauchen werden; der Kol-
lege Dressel erwähnte es –, bis sie über das erlittene
Schicksal sprechen können und ihre daraus resultieren-
den Rechte in Anspruch nehmen. Die immer noch hohe
jährliche Zahl der Menschen, die Leistungen nach den
Rehabilitierungsgesetzen beantragen, zeigt, dass dieses
Kapitel des Rehabilitierungsrechtes noch nicht geschlos-
sen werden darf. Wenn wir mit unserem Gesetzentwurf
die Ausschlussfristen für die Antragstellung erneut ver-
längern wollen, ist dies daher nur konsequent.

Zum anderen haben wir uns immer wieder die Frage
zu stellen, ob wir mit den Rehabilitierungsgesetzen und
den in den Folgejahren vorgenommenen Änderungen
nach unserem heutigen Kenntnisstand über Wirkungen
und Ergebnisse der bestehenden Entschädigungsregelun-
gen das getan haben, was notwendig, geboten und dem
Schicksal der Opfer angemessen ist. Dabei haben wir
Entwicklungen der Rechtsprechung zu berücksichtigen,
die die bisherigen Regelungen in neuem Licht erschei-
nen lassen und die Notwendigkeit zur Folge haben, Lei-
stungen zu verbessern und zielgenauer auszugestalten. (D)

In diesem Zusammenhang will ich die Auswirkungen
der Entscheidungen, die das Bundesverfassungsgericht
in den vergangenen Jahren gefällt hat, ansprechen: Das
Bundesverfassungsgericht hat die Kappung der **Renten
der privilegierten, staatsnahen Personengruppen**, die
der Gesetzgeber vorgenommen hatte, aufgehoben. Dies
führte für die genannten Personen zu erheblichen Ver-
besserungen im Versorgungs- und Rentenrecht. Für die
SED-Opfer stellt sich zwangsläufig die Frage – auch wir
haben sie uns zu stellen –, wie wir mit der dadurch ent-
standenen, immer wieder konstatierten moralischen Ge-
rechtigkeitslücke umgehen. Die Opfer fragen konkret:
Wie geht der Rechtsstaat mit denen um, die im Dienste
des Unrechtsapparates SED wirkten, und wie behandelt
er die, die durch ihre Zivilcourage Opfer ebendieses Un-
rechtsapparates wurden?

Es ist heute schon gesagt worden: Wiedergutmachen
lässt sich das, was die Opfer der SED-Diktatur erfahren
haben, nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Gesetzgeber hat mit den Rehabilitierungsgesetzen
seit der Wiedervereinigung nur versuchen können, die

Andrea Astrid Voßhoff

- (A) Folgen für die Betroffenen abzumildern. So unbefriedigend die Debatten im Bundestag und vor allem ihre Ergebnisse für die Opfer waren und vielleicht auch noch sind, weil sie aus ihrer Sicht nicht weit genug gehen – sie waren immer ein Zeichen. Ich denke, ich spreche für die Fraktionen, die, in unterschiedlicher Kombination, seit der Wiedervereinigung die Bundesregierung gestellt haben, wenn ich sage: Wir waren stets um einen gangbaren Weg bemüht, wir haben stets gerungen, wie wir mit den speziellen Fragen der Entschädigung der SED-Opfer umzugehen haben und was wir tun können. Die mehrfachen Änderungen der Rehabilitierungsgesetze haben im Ergebnis immer dazu geführt, dass die Situation der Opfer, wenn auch manchmal in kleinen Schritten, verbessert wurde.

Ich sage auch selbstkritisch dazu, dass die Debatten, die in diesem Hause darüber stattgefunden haben, manchmal von gegenseitigen Vorhaltungen begleitet waren, je nachdem, wer in der Regierungsverantwortung war – sei es Schwarz-Gelb oder Rot-Grün – und nach Meinung der Opposition mehr hätte tun können. Auch heute diskutieren wir wieder, welche Verbesserungen wir im Bereich der SED-Unrechtsbereinigung auf den Weg bringen können und wollen. Zum Kerngehalt dieses Gesetzentwurfes gehört – das ist schon angesprochen worden – die Schaffung einer **Opferrente** von monatlich 250 Euro für diejenigen, die unter der Diktatur der SED besonders schwer gelitten haben: die ehemaligen politischen Häftlinge. Wir von der CDU/CSU haben uns in den vergangenen Jahren nachhaltig für eine Entschädigung in Form einer Opferpension, also einen weiteren

- (B) Ausgleich für das Unrecht, das die betroffenen Personen erlitten haben, eingesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die SPD hat dankenswerterweise mitgezogen; wir konnten es im Koalitionsvertrag vereinbaren. Heute debattieren wir unter anderem über die inhaltliche Ausgestaltung ebendieser Opferpension. Damit setzt die Große Koalition ein notwendiges Zeichen dafür, dass die Opfer der SED-Diktatur eine weitere sichtbare und angemessene Würdigung erfahren sollen und auch müssen.

Ja, ich räume ein: Der Erhalt der Opferrente ist an Bedingungen geknüpft, die nicht frei von Kritik sind. Ich nenne insbesondere die Voraussetzungen zum Erhalt der Renten, und zwar die Mindesthaftzeit und die **wirtschaftliche Bedürftigkeit der Antragsteller**.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Ich weiß, dass viele Betroffene ihr erlittenes Schicksal durch die jetzt vorgelegte und damit geplante Ausgestaltung der Opferpension nicht in ausreichendem Maße gewürdigt sehen. Ich kenne die Argumentation der Kritiker dieses Entwurfs – insbesondere gegen diese Voraussetzung der wirtschaftlichen Bedürftigkeit. Sie argumentieren damit, dass die materielle Anerkennung eines erlittenen Unrechts nicht an die Einkommenssituation des Opfers gekoppelt werden darf. Ich begrüße es daher auch, dass wir bei der Erstellung des Gesetzentwurfs er-

reichen konnten, dass das Einkommen des Ehegatten oder eines Partners, mit dem der Betroffene in einer Lebensgemeinschaft lebt, bei der Ermittlung der Einkommensgrenze außen vor bleiben soll. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es kommt somit nur auf das Einkommen des Betroffenen an.

Ich habe sehr viel Verständnis für die Kritik, die an dieser Bedürftigkeitsregelung geübt wird, und ich nehme sie auch sehr ernst. Gleichwohl müssen wir die Ausgestaltung der Entschädigungen der Opfer nach 1945 auch unter der Prämisse der Orientierung an den Entschädigungen für die Opfer von vor 1945 betrachten. Dies haben wir getan. Die Beratungen werden zeigen – darauf hoffe ich –, ob und welche Spielräume es unter Berücksichtigung der vorgenannten Prämissen gibt. Ich denke, in einer Anhörung, die wir dazu durchführen sollten, wird es Gelegenheit geben, dies auch entsprechend zu untersuchen. Trotz aller Kritik: Mit diesem Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD wird eine Opferpension für den betroffenen Personenkreis erstmals Realität. Das ist eine wichtige und notwendige Botschaft an die betroffenen Opfer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sagte es bereits: Weitere Inhalte des Gesetzentwurfs sind im Kern die Verlängerung der Antragsfristen hinsichtlich der Ansprüche nach den Rehabilitierungsgesetzen sowie die geplante Aufstockung der Mittel für die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge. (D)

Ich denke, wir sollten bei den anstehenden Beratungen intensiv dazu übergehen und die Zeit nutzen, die Kritik der Opferverbände an einzelnen Punkten des Gesetzes sehr sorgsam zu prüfen sowie die Praktikabilität einzelner Umsetzungsregelungen auch noch einmal zu hinterfragen. Wir sind den SED-Opfern in besonderer Weise verpflichtet. Das sollten wir auch zur Grundlage unserer Beratungen machen.

Mir sei noch eine abschließende Bemerkung zum heute auch vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke erlaubt. Ich habe Ihren Antrag aufmerksam gelesen. Neben Ihren inhaltlichen Forderungen ist mir vor allem Ihre Wortwahl aufgefallen – nicht in dem von Ihnen vorgeschlagenen Gesetzestext, aber in dem Vorspann und in der Begründung Ihres Entwurfs. Sie sprechen immer nur von den – ich zitiere – „politisch Verfolgten im Beitrittsgebiet“. Sie schreiben – ich zitiere –:

Die betroffenen Personen aus dem Beitrittsgebiet nahmen persönliche und soziale Nachteile hin, um Gesellschaftskritik zu üben.

Was Sie mit „persönlichen und sozialen Nachteilen“ umschreiben, meine Damen und Herren von der Fraktion Die Linke,

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Stasiknast!)

war oftmals Stasihaft mit psychischer Folter.

Andrea Astrid Voßhoff

(A) (Beifall des Abg. Dr. Carl-Christian Dressel
[SPD])

Was Sie mit „Gesellschaftskritik“ umschreiben, waren das mutige Eintreten von Menschen für Demokratie und Freiheit und der ebenso mutige Widerstand gegen die SED-Diktatur, den es anzuerkennen und zu würdigen gilt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Sie dies in Ihrem Gesetzentwurf auch klar zum Ausdruck gebracht hätten. Vor allem hätte ich mir aber gewünscht, dass Sie bei der Begründung Ihres Gesetzentwurfs einmal auch konkret die genannt hätten, die für das Schicksal der meisten Opfer verantwortlich sind, nämlich die SED.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Glaubwürdigkeit Ihres Gesetzentwurfs wäre dies sehr förderlich gewesen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile Kollegen Volker Schneider, Fraktion Die Linke, das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) **Volker Schneider** (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits anlässlich der Beratung der von der Regierungskoalition eingebrachten Eckpunkte für ein Drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz habe ich für meine Fraktion festgestellt, dass die Koalition die selbst gesetzten Ziele mit ihren Vorschlägen deutlich verfehlt. Leider muss ich heute feststellen, dass Sie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf noch hinter den Ankündigungen Ihrer Eckpunkte zurückbleiben.

Am 1. März 2007 strich Kollege Scholz heraus, dass die Mittel für die Häftlingshilfestiftung aufgestockt werden. Die Umsetzung dieses Vorschlags hätte meine Fraktion begrüßt. In Ihrem Gesetzentwurf ist davon keine Rede mehr.

(Iris Gleicke [SPD]: Man muss besonders wenig belesen sein, um einen solchen Satz zu sagen!)

Kollege Vaatz unterstellte der Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger, dass sie bezüglich der Bedürftigkeitsprüfung einen falschen Zungenschlag in die Debatte gebracht hätte.

Ich darf Sie zitieren, Kollege Vaatz:

Nach meiner Auffassung kommt es dabei auf die letzte Einkommensteuererklärung an. Das ist insofern ein völlig normaler technischer Vorgang, den man nicht zu hoch bewerten sollte.

Dann erklären Sie uns doch, Herr Kollege Vaatz, warum Sie diese Erklärung nach dem vorliegenden Gesetzentwurf gleich zweimal im Jahr einsehen wollen. Welchen Grund gibt es, diese Prozedur alle sechs Monate zu wiederholen? (C)

(Iris Gleicke [SPD]: Wenn Sie das SGB XII kennen würden, würde sich das von selbst erschließen!)

Ich wiederhole, was ich in der letzten Debatte zu diesem Thema gesagt habe: Wenn Sie wirklich eine Anerkennung durchlittenen Unrechts anstreben, dann können Sie eine monatliche Zuwendung, wie Sie es nennen, nicht vom Einkommensniveau der Bezugsberechtigten abhängig machen.

Opfer wird man nicht dadurch, dass man heute bedürftig ist. Wenn Sie wirklich „die gesellschaftliche Bedeutung des mutigen Einsatzes für eine rechtsstaatliche und freiheitliche Ordnung als beispielgebend herausstellen“ wollen, wie es der Bundesrat 2004 formulierte, ist auch eine Beschränkung der Bezugsberechtigten auf Haftopfer mit einer mindestens sechsmonatigen Haftdauer nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Fraktion fordert deshalb die **Einbeziehung aller Verfolgtengruppen**, die bisher von den gesetzlichen Regelungen ausgeschlossen oder durch diese benachteiligt wurden, wie Zivildeportierte, verfolgte Schülerinnen und Schüler und Opfer von Zersetzungsmaßnahmen. Nun sind – damit haben Sie völlig recht, Kollege Dressel – nahezu alle von uns vorgelegten Vorschläge nicht neu. Sie sind bereits von einigen anwesenden Kolleginnen und Kollegen vorgebracht und von den hier vertretenen Parteien behandelt worden. Aber immer wieder ist die Umsetzung solcher Vorschläge an finanzpolitischen Erwägungen gescheitert. Das galt bereits für das von der demokratisch gewählten zehnten Volkskammer der DDR 1990 einstimmig mit den Stimmen der PDS verabschiedete Rehabilitierungsgesetz. (D)

Nun sprechen Sie mit großer Leidenschaft – das war bei Herrn Dressel der Fall, und auch seine Nachfolgerin hat sich ähnlich geäußert – und heftigen Emotionen meiner Fraktion das moralische Recht ab, uns an der Debatte zu beteiligen. Kollege Wieland hatte in der letzten Debatte diesen Part übernommen. Damals hat er behauptet – Kollege Dressel hat es heute wiederholt –, die PDS habe systematisch **Parteivermögen** ins Ausland transferiert, statt sie für einen Täter-Opfer-Ausgleich zu verwenden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Recht hat er!)

Das ist falsch.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der SPD)

Kollege Wieland weiß das nur allzu genau. Ich darf den ehemaligen CDU-Abgeordneten Dr. von Hammerstein, der von 1998 bis 2006 Vorsitzender der Unabhängigen Kommission Parteivermögen war und be-

Volker Schneider (Saarbrücken)

- (A) stimmt unverdächtig ist, PDS-freundlich eingestellt zu sein, zitieren,

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat es nicht gefunden!)

der in einem Interview mit der „Südthüringer Zeitung“ in Bezug auf solche Spekulationen erklärt hat:

1995 hat die Partei einen Vergleich mit uns geschlossen und notariell versichert, dass sie alles mitgeteilt hätte, was sie wüsste. Und sie haben das verbunden mit einer Vertragsstrafe. Das hieß: Hätten wir noch etwas gefunden und nachweisen können, dass die PDS-Führung von den Geldern gewusst hat, dann hätte sie noch mal das Doppelte an Vertragsstrafe zahlen müssen.

Jetzt wird es interessant. Auf die Nachfrage „Kam es dazu?“ erklärte er weiter:

Nein. Wir haben das der Partei nie nachweisen können.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Ja, nachweisen!)

Und die Parteiführung – das waren damals Gysi, Bisky und Bartsch – konnte sich auf so eine Vertragsstrafe eigentlich nur eingelassen haben, wenn sie uns die Wahrheit gesagt haben. Deshalb möchte ich ihr da nichts unterstellen.

Dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet. Wenn Sie sie verlängern wollen, können Sie eine Zwischenfrage zu lassen.

Andrea Astrid Voßhoff (CDU/CSU):

Herr Kollege Schneider, Sie zitieren aus einem Interview mit Herrn von Hammerstein. Darf ich Sie fragen, ob Sie auch den Passus in dem Artikel kennen, der mit folgender Frage an Herrn von Hammerstein beginnt: „Was war die spektakulärste Entdeckung“? Ich zitiere die Antwort von Herrn von Hammerstein:

Vielleicht der Fall Putnik im Spätherbst 1990. Es ging um eine Moskauer Firma namens Putnik, die Konten im Ausland hatte, vor allem in Norwegen. Auf diese Konten hat die Partei Millionenbeträge überwiesen. Damit habe sie Forderungen erfüllt, die Putnik gegen die SED hätte, hieß es bei der Partei. Aber wir haben nachgebohrt. Gysi ist sogar nach Moskau geflogen. Doch in Moskau war man nicht bereit, diese Legende aufrechtzuerhalten. Gysi musste den Schwindel einräumen und die Partei die Gelder herausgeben. Das war schon ziemlich spektakulär.

Ist Ihnen dieser Passus auch bekannt?

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Ein dreistes Stück ist das! Typisch Saarländer! – Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Auch noch

falsch zitieren! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU) (C)

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, dann beantworte ich gerne Ihre Frage. Natürlich ist mir auch dieser Teil des Interviews bekannt, wie Ihnen wahrscheinlich ein weiterer Teil des Interviews bekannt ist, in dem davon die Rede ist, welche Gelder tatsächlich ins Ausland transferiert wurden und dass es sich dabei wohl um Gelder gehandelt hat, die aus der Abteilung von Schalck-Golodkowski und der Stasi transferiert wurden.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Das ist doch eine Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der SPD)

– Wenn Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen beruhigen können, dann kann ich auch Ihre Frage beantworten.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie haben doch eine laute Stimme.

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Soll ich noch lauter reden? Gut.

Weiter ist Ihnen bekannt – auch das geht aus dem Interview hervor –, dass die PDS an die Unabhängige Kommission 1,6 Milliarden Euro abgeführt hat und dass diese vorwiegend für gemeinnützige Zwecke im Osten zur Verfügung gestellt wurden, insbesondere zum Beispiel auch für die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Ist das richtig oder nicht? (D)

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Frage beantworten!)

Herr Präsident, ich möchte noch einen letzten Satz sagen.

(Zuruf von der LINKEN – Gegenruf von der SPD: Möchten Sie etwas zur Aufklärung beitragen, Frau Kollegin?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Sagen Sie doch Ihren letzten Satz!

Volker Schneider (Saarbrücken) (DIE LINKE):

Das ist nicht ganz so einfach, Herr Präsident.

Wir haben konsequent an der **Aufarbeitung unserer Vergangenheit** gearbeitet und werden das auch in der neuen Partei tun. Genau deshalb streiten wir hier auch im Bewusstsein unserer besonderen Verantwortung dafür, dass die Opfer politischer Verfolgung eine Würdigung und Wertschätzung erfahren, die ihrer historischen Rolle entspricht.

(Beifall bei der LINKEN – Maria Michalk [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Wolfgang Wieland von der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen.

(A) **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich dachte, dass wir unsere Reden zu Protokoll geben können, aber nach dem, was Sie, Kollege Schneider, eben gesagt haben, bin ich wirklich froh, noch etwas sagen zu können.

Wenn Sie wirklich, so, wie Sie behaupten, Ihre Gelder zur Verfügung gestellt hätten, dann hätten wir diese Kommission gar nicht gebraucht,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

die in ihrem Schlussbericht bedauert, dass sie – trotz Einsatz von Detektiven, die weltweit gefahndet haben – nur einen Bruchteil erreicht hat. Jahrelang wurde prozessiert, zum Beispiel vor dem Verwaltungsgericht und vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin, Stichwort Rote Fini Österreich, weil Sie eben nichts herausgeben wollten,

(Zuruf von der LINKEN)

weil man Sie zwingen musste. Es hat zur Wendezeit **rechtskräftige Verurteilungen Ihrer Kassenwarte** gegeben. Sie sind rechtskräftig dafür verurteilt worden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Nun machen Sie hier Geschichtsrevision und erklären gleichzeitig: Wir arbeiten unsere Vergangenheit auf. – Das tun Sie, indem Sie sie verfälschen, indem Sie lügen. Das ist Ihre Art der Aufarbeitung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP –
Manfred Grund [CDU/CSU]: Das ist ein dreistes Stück!)

(B)

Die zweite Masche ist: Sie schreiben einen Gesetzentwurf, als schrieben Sie über fremde Personen, als ginge das SED-Unrecht – und darum geht es, um Ihr Unrecht – Sie gar nichts an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie stellen sich aber hier hin und fordern für Ihre Fraktion, dass die Mittel erhöht werden müssen. Die Steuerzahler zahlen schon jetzt 1,6 Milliarden Euro **Zusatzrenten für Ihre Nomenklatur**, die sich im Rentenalter gut versorgen lässt. Das zahlen die Steuerzahler in Ost und West.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN,
der CDU/CSU und der SPD)

Wenn sie jetzt auch noch – und sie werden es tun – Ehrenpensionen zahlen, dann sind Sie die allerletzten, die etwas zur Höhe der Beträge zu sagen haben. Das sei einmal ganz deutlich vorneweggestellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Deswegen bleibe ich dabei: Sie sollten in dieser Debatte vom moralischen und politischen Standpunkt aus betrachtet schweigen. Rechtlich gesehen können Sie hier vortragen, das ist Ihr Recht.

(Zurufe von der LINKEN)

(C)

Soweit waren wir eigentlich schon am 1. März, aber Sie wollten und mussten es offenbar noch einmal hören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das wurde hier deutlich gesagt. Sie haben es angekündigt, es gibt Kritik daran, es gibt Kritik von den Betroffenen. Wir alle haben sie gehört. Ich habe es eben sehr gerne gehört, dass Sie gesagt haben: Wir wollen noch Spielraum in der Beratung schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der SPD)

Ich habe es gerne gehört, und das ist auch nötig.

Nach wie vor ist für uns der Hauptkritikpunkt, dass Dinge wie Zersetzungsmaßnahmen auch gegenüber Schülerinnen und Schülern ausgeblendet werden und gesagt wird: Eine Verfolgung beginnt erst ab einem halben Jahr DDR-Haft. Das wird nicht gehen.

Ich habe zur Höhe der Summe schon beim letzten Mal gesagt: Gerade Sie, die CDU, haben in der letzten Legislaturperiode eine Summe von 500 Euro in die Anträge geschrieben. Sie haben diese Summe sozusagen in die Welt gesetzt. Von daher ist es kein Wunder, dass viele schockiert sind, dass es jetzt nur noch die Hälfte sein soll, und dass das von vielen für unzureichend gehalten wird. Auch darüber muss noch einmal gesprochen werden.

Es ist unlogisch, dass man einerseits von einer Anerkennungs- und Ehrenpension spricht und andererseits bestimmt, diese Anerkennung und Ehrung bekommt nur derjenige, der bedürftig ist.

(D)

(Beifall des Abg. Josef Philip Winkler
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sind denn die anderen nicht zu ehren? Das ist doch ein eklatanter Widerspruch. Dabei darf es meines Erachtens nicht bleiben. Diese unsägliche **Bedürftigkeitsklausel** muss fallen. Sonst haben wir im Ergebnis – es tut mir leid, das sagen zu müssen – Opfer erster und zweiter Klasse.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der
SPD und der FDP)

Die Fristen werden nun verlängert. Aber man sollte einmal darüber nachdenken, ob eine völlige Entfristung nicht ein Weg in die Zukunft ist.

Abschließend: Hubertus Knabe hat im Zusammenhang mit dieser Debatte daran erinnert, dass derjenige, der zehn Jahre im Zuchthaus Bautzen als Wärter Dienst tat, heute mehr bekommt als derjenige, der dort 20 Jahre in Haft saß. Das müssen wir ändern. Solange dies nicht so befriedigend geregelt ist, dass auch die Opfer damit leben können, so lange ist die innere Einheit unseres Landes noch nicht hergestellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der
SPD und der FDP)

(A) Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.¹⁾

Interfraktionell wird Überweisung der Gesetzentwürfe auf den Drucksachen 16/4842 und 16/4846 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Daniel Bahr (Münster), Paul K. Friedhoff, Heinz Lanfermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Umlageverfahren U1 zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf freiwillige Basis stellen

– Drucksache 16/2674 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Folgende Kollegen haben ihre Reden zu Protokoll gegeben: Max Straubinger, Jella Teuchner, Heinz Lanfermann, Frank Spieth und Birgitt Bender.²⁾

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/2674 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(B)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Klaus Ernst, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN

Gesetz zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile vorlegen (Nachteilsausgleichsgesetz – NAG)

– Drucksache 16/3698 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Die Kollegen Hubert Hüppe, Jörg Rohde, Ilja Seifert und Markus Kurth sowie die Kollegin Silvia Schmidt haben ihre Reden zu Protokoll gegeben.³⁾

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/3698 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

¹⁾ Anlage 5

²⁾ Anlage 6

³⁾ Anlage 7

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 19 auf:

(C)

Beratung des Antrags der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Die EU-Zentralasienstrategie mit Leben füllen

– Drucksache 16/4852 –

Überweisungsvorschlag
Auswärtiger Ausschuss (f)
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Die Kollegen Manfred Grund, Johannes Pflug, Harald Leibrecht, Hakki Keskin und die Kollegin Marieluise Beck sowie Staatsminister Gernot Erler haben ihre Reden zu Protokoll gegeben.⁴⁾

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 16/4852 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union zu überweisen. Gibt es anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Katrin Kunert, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN **(D)**

Öffentlichen Verkehr in den neuen Bundesländern nicht gefährden – Verkehrsflächenbereinigungsgesetz verlängern

– Drucksache 16/4856 –

Überweisungsvorschlag:
Rechtsausschuss (f)
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Die Kollegen Marco Wanderwitz, Peter Danckert und Peter Hettlich sowie die Kolleginnen Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Heidrun Bluhm haben ihre Reden zu Protokoll gegeben.⁵⁾

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 16/4856 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu überweisen. Gibt es anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 21 a und 21 b auf:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Omid Nouripour, Dr. Gerhard Schick, Silke Stokar von

⁴⁾ Anlage 8

⁵⁾ Anlage 9